

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rilsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Malsengrund, Rabschnappel und Tirschheim.



Erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags, nachmittags für den folgenden Tag. — Bezugspreis: 3,25 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 9,75 Mk. vierteljährlich, halbjährlich, jährlich, Postanfall, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 15 Pf.

Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Grundzeile wird mit 60 Pfg., für auswärtige Besteller mit 70 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreige-paaltete Zeile 150, für auswärtig 180 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postcheckkonto Leipzig 88 687

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein-Callnberg.
Amtliches Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Dörfer.

Nr. 95.

Dienstag, den 27. April 1920

70. Jahrgang

Belanntmachung.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß für die hiesige Gemeinde eine **Diakonin** als Gemeindepflichtschwester angestellt worden ist. Dieselbe hat Rödlitzer Straße 78 Wohnung genommen. Im allgemeinen wird für die Dienste derselben ein Entgelt nicht erhoben, doch bleibt für besondere Fälle die Berechnung einer Entschädigung vorbehalten.

Hohndorf, den 23. April 1920.
Der Gemeindevorstand.
Schuster.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Der „New York Herald“ meldet: England habe Italien für seine Zustimmung zur englischen Oberherrschaft in der Türkei ein englisch-italienisches Bündnis angeboten. Dieses Bündnis sei bereits vollzogene Tatsache. Als Lohn sei Italien weiterhin die Unterstützung Englands bei seinem wirtschaftlichen Wiederaufbau zugesichert worden.

* Den Wittern zufolge meldet „Daily Herald“, Japan habe an Sowjetrußland den Krieg erklärt, Amerika habe Japan in Sibirien freie Hand gelassen.

* Nach Mitteilung der Frankfurter Handelskammer hat die preussische Staatsregierung der Frankfurter Messe einen Betrag von 100.000 Mark zur Verfügung gestellt.

* Seitens der schwedischen Regierung wurde entschieden, daß Dr. Kapp zur freien Fahrt zu sein sei unter der Bedingung, daß er keine Politik treibe oder politische Verbindungen unterhalte. Der Polizeimeister und Polizeipräsident von Stockholm wurden beauftragt, Dr. Kapps Aufenthaltsort zu bestimmen.

* Laut „Lokalanzeiger“ wird von vertraulicher Seite aus Oberschlesien gemeldet, daß die Polen in jedem Orte sogenannte schwarze Listen aufgestellt haben, welche die Namen derjenigen enthalten, die ihnen besonders lästig erscheinen und die der Entente-Kommission zur Ausweitung aus dem Abtötungsgebiet angegeben werden.

* Unter zahlreicher Beteiligung der Behörden der Breslauer, der deutschen und der auswärtigen Kaufmannschaft fand gestern vormittag die Eröffnung der 2. Breslauer Frühjahrsmesse statt.

* Dr. Quatz hat den Vorsitz im Untersuchungsamt über die Niederlegung, weil die Weisheit die Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzungen zur Befreiung der Schuld am Kriege ablehnte.

* Die beiden modernen deutschen Schlachtschiffe „Lobnitz“ und „Vöben“ sind als Ersatz für die in Scapa Flow versenkten Schiffe ausgeliefert worden. Sie sind im Akt der Fahrt einsetzbar.

* Die „Allgemeine Handelsblatt“ meldet, daß die Vollzugsanstalt der englischen Arbeiterpartei einen Antrag angenommen, daß gegen die Verwendung von farbigen Truppen im besetzten Gebiet Deutschlands bei der alliierten Regierungen und beim Völkerbund Protest erhoben und Zurückziehung der Truppen verlangt werden soll.

Aus der Nationalversammlung.

Berlin, 24. April.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Abg. Dr. Kahl (Deutsche Volkspartei): Der Reichsjustizminister hat in bezug auf mich neulich das Wort des hannoverschen Königs Ernst August auf die Professoren angewandt. Dieses lautet: Professoren, Huren und Längerinnen kann man überall für Geld haben! (Pfeif!) Diese schroffe schwere Beleidigung lasse ich mir nicht gefallen, auch nicht für meine Fraktion und für den Stand der deutschen Professoren. Ich fordere die Zurücknahme und den Ausdruck des Bedauerns. Durch Vermittlung des Herrn Präsidenten ist mir der Entwurf einer Erklärung des Herrn Präsidenten zugegangen, welche aber unzureichend war. Reichsjustizminister Bünck legt dagegen nachdrücklich Verwahrung ein. Der Abg. Kahl habe seinerseits von Winkeladvokaten in herabwürdigender Weise gesprochen. Um ihm vor Augen zu führen, wie ver-

worfen es sei, allgemeine Werturteile über einen Stand zu fällen, habe der Minister den Ausdruck des hannoverschen Königs angezogen, ohne sich diesen Ausdruck eines verrotteten u. moralisch verkommenen Monarchen zu eigen zu machen. Ihm das zu unterstellen, sei eine niedrige Verächtlichung. (Lärm rechts.) Präsident Fehrenbach weist diesen Ausdruck zurück.

Abg. Dr. Kahl (Deutsche Volkspartei): Im Auslegen sich nur munter, legt ihr nichts aus, so legt was unter! (Beifall rechts, Lärm links.) Ich rufe Deutschland zum Urteil darüber auf, ob ein Mann, der so leichtfertig mit der Ehre anderer umgeht, an der Spitze des Reichsjustizministeriums stehen kann.

Präsident Fehrenbach weist diesen Ausdruck zurück. Wenn ihm der Wortlaut des Ausspruchs dieses Königs gegenwärtig gewesen wäre, hätte er ihn zurückgewiesen.

Jetzt kam die Frage der Strafverfolgung der unehelichen Abgeordneten Geber (Vater und Sohn) zur Sprache. Die Genehmigung dazu wurde von der Nationalversammlung, dem Ausschusse entsprechend, abgelehnt. Die Frage der Strafverfolgung des Abg. Brack (L. S.) wurde an den Ausschuss zurückverwiesen.

Der Gesandtschaft, betreffend das deutsch-französische Abkommen über die Zahlung der elsaß-lothringischen Pensionen, wird in allen drei Besungen angenommen. Desgleichen der Staatsvertrag bez. des Uberganges der Staatsbahnlinien auf das Reich und der Gesandtschaft über die Aufhebung der Gebührenfreiheit im Post- und Telegrammenverkehr und die Gesandtschaft über die Aufhebung des bayerischen und württembergischen Postregals, sowie betr. Telegraphen-, Fernsprechn- und Postgebühren und das Postwesen des Deutschen Reiches etc. Angenommen wurde zu letzterem Geleit ein Antrag Krüger, der den periodisch erscheinenden Zeitungen eine Vergütung bringt, ebenso der Antrag Timmermann, welcher die Zeitungsgebührenerhöhung bis zum 1. Oktober hinauschiebt.

Der Gesandtschaft über eine Abgabe zum Reulosten-Ausgleich stimmte an den 24er Ausschuss.

Nächste Sitzung: Montag.

Oberschlesische Absonderungsgebiete.

Im besetzten Gebiet Oberschlesiens gewinnt die Idee auf Schaffung eines Freistaates, wie die „L. R. N.“ melden, immer weitere Anhänger. Die Gründung der Oberschlesischen Volkspartei, die sich die Erlangung der weitgehendsten Selbstständigkeit Oberschlesiens in kultur, politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung zum Ziele gesetzt hat, und oft mit einem Anblick in Polen droht, falls Oberschlesien eine eigene Autonomie nicht zugesichert wird, ist ein erneuter Beweis für die Verwirklichung der Freistaatsidee. Die deutschen Arbeiter-Oberschlesien glauben in einem Freistaat Oberschlesiens die einzige Rettung zu sehen, um das Land vor dem politischen Zugriff zu bewahren, da sie sich vom Deutschen Reich vollständig verlassen fühlen. In der Oberschlesischen Volkspartei treffen sich dann auch Oberschlesische Deutscher und polnischer Junge. Die Zielsetzung der Partei ist die Erlangung der Selbstständigkeit der Oberschlesien unter der Parole „Das ist uns schlesisches Deutschland“ wirksam geworden. Ebenso ist die Bewegung in den die Brücke zu Polen führenden Kreisen Pommern und Großpartenbergs festgesetzt worden.

Deutsches Reich.

Treden. Handelsabkommen mit der Tschechoslowakei. In der letzten Sitzung des Gesamtvorstandes des Reiches Sächsischer Industrieller fand eine Aussprache über die zurzeit schwebenden Verhandlungen wegen Verbeiführung eines Handelsabkommens mit der Tschechoslowakei statt. Der Gesamtvorstand bezeugte, daß diese Verhandlungen, die gerade für Sachsen als dem unmittelbar interessierten Nachbarland von höchster Bedeutung sind, noch immer nicht zu einem befriedigenden Abschluß geführt haben. Er beschloß, bei den zuständigen Stellen auf Beschleunigung dieser Verhandlungen zu dringen und insbesondere zu fordern, daß aus der Kreise der sächsischen Industrie Sachverständige sowohl für die allgemeinen industriellen Interessen wie für die vom Handelsverkehr mit der Tschechoslowakei besonders interessierten Industriezweige zugezogen werden.

Berlin. (Eine Erklärung Millerands. — 90 Milliarden Mark sollen von Deutschland gezahlt werden.) Der engl. Premierminister hat Millerand gegenüber ganz offen den in der Öffentlichkeit verbreiteten Gerüchten, daß seine radikalen Maßnahmen gegen Deutschland von unangenehmlichen Absichten geleitet sei, Millerand hat darauf kategorisch erklärt, daß Frankreich an „Anglophobie“ nicht denke. Es wolle weder Frankfurt noch das Ruhrgebiet, nicht das linksrheinische Gebiet Deutschlands annektieren. Millerand schlägt vor, daß diese Versicherung ausdrücklich in die Note der Alliierten an Deutschland aufgenommen werde. Deutschland wird aufgefordert werden, seine Entlohnung zu beschleunigen und seine Truppen so schnell wie möglich aus dem Ruhrrevier zurückzuführen. Wenn es sich widerlegt, werden wirksame Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Es wird also weder von der Besetzung deutscher Gebiete noch von der Blockade gesprochen. Nach dem „Temps“ meldet der Korrespondent der „Daily Mail“ in San Remo, man verleihe, daß die Mindestsumme, die vorgeschlagen ist, welche Deutschland abzugeben hat, 90 Milliarden Mark betragen soll und zwar zahlbar in 30 Jahresraten zu drei Milliarden Mark. (Post. Sig.)

(Eine Vereinbarung zwischen Lloyd George und Millerand.) Die „Post. Sig.“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß in einer gestern vormittag abgehaltenen Privatunterredung zwischen Lloyd George und Millerand nach dreitägiger Beratung folgende Richtlinien vereinbart worden sind: 1. Die Verbündeten werden mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Entlohnung Deutschlands entsprechend den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages dringen. 2. Das Erzeugnis Deutschlands um Erhöhung seines Heeres wird ebenso wie die von Deutschland verlangte schwere Artillerie und der Flugpark abgelehnt. 3. Deutschland erhält die Ermächtigung zu einer Verstärkung seiner Polizeitruppe. Die Entente behält sich das Recht einer ständigen Kontrolle über die Tätigkeit und die Bestandsgröße der deutschen Polizeitruppe vor. 4. Deutschland erhält Vorkaufrechte in Gestalt von Gold und Rohstoffen, um seine Industrie in Gang zu setzen und so einen pekuniären Verpflichtungen erfüllen zu können.

(Belgische Gewalttätigkeiten.) Der belgische Oberkommandant verfügte infolge weiterer Zwischenfälle und Kundgebungen der Bevölkerung gegen die Maßnahmen der Alliierten innerhalb des belgisch-besetzten Gebietes die Verhängung des Belagerungszustandes auf die Dauer von drei Wochen. Die gleiche Bestimmung gilt für die Kreise Eupen und Namendy. Zugleich wird die Einsetzung außerordentlicher Kriegegerichte mitgeteilt. Proteststreik und Kundgebungen sind innerhalb der besetzten belgischen Zone streng verboten.

(Die Lebensmittelversorgung.) Im Anschluß an das mit Amerika getroffene Abkommen teilt die Reichseinfuhrstelle mit: Die günstige Entwicklung des Marktes in den letzten 8 Wochen hat die Reichseinfuhrstellen in die Lage gebracht, größere Abschlässe in Lebensmitteln im Ausland gegen Kassenzahlung zu tätigen, wofür ihnen die benötigten Devisenbeträge von der Devisenbeschaffungsstelle zur Verfügung gestellt worden sind. Die in den letzten Wochen getätigten Gesamtengagements belaufen sich bisher auf 6,5 Milliarden Mark, und es ist damit die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes für dieses Wirtschaftsjahr in finanzieller Hinsicht sichergestellt. Wie uns dazu noch aus Berlin gemeldet wird, sollen bei der Verteilung vor allem die Kinderbedürfnisse berücksichtigt werden. Die Waren werden nicht im freien Handel, sondern von den Einfuhrungsorganisationen verteilt werden. Man hofft eine Erhöhung der Produktion eintreten lassen zu können.

(Das Kreditabkommen mit Holland.) Das bereits bekanntgegebene Kreditabkommen mit Holland über 25 Millionen Gulden für Lebensmittel ist nunmehr ratifiziert worden. Auch sind inzwischen die betreffenden Lieferungsverträge zwischen den zuständigen Reichseinfuhrstellen und den holländischen Lieferanten abgeschlossen worden.

ATER
Sonntag
Tager
Tod!
Sensationell!
Die Jagd nach dem
Tod.
Verzweigen!
erkmeier & Co.
Lichtenstein
Ballast
4 Uhr an
Ball.
Biere mit Kuchen.
mann Müller.
Konzert.
Ententasse
abends 7/8 Uhr
Richtigprechung
ger Kaffe.
75.
erhalten briefliche
wird gebeten.
Reichsregierung
der Versicherungs-
20.000 Mark fest-
die Heraushebung
§ 3 der Ver-
berlichen Satzungs-
am wie folgt fest-
Wochen- Abzug
beitrag
0,90 0,60
1,20 0,80
1,65 1,10
2,10 1,40
2,70 1,80
3,30 2,20
3,75 2,50
4,35 2,90
5,10 3,40
6,00 4,00
7,05 4,70
8,10 5,40
enden Lohnstufen
Arbeitgeber hiermit
wörtlich gebildet
drei Tagen an
Angabe nach Lohn-
beschäftigten, welche
ne neu unterstellt
lebens den 8. Mai
20.
des Vorstandes.
ochzeit so
kwünsche und
wir uns hier-
Frau Martha
eb. Richter.